

# Sturm auf «Egunkaria» war illegal

Fall «Egunkaria»: Ein spanischer Sondergerichtshof bestätigte im Frühsommer schwere Vorwürfe gegen Ermittlungsrichter und Guardia Civil. Sieben Jahre nach dem Überfall auf die «Baskische Tageszeitung» dauert der Rechtsstreit an. Die betroffenen Medienschaffenden kämpfen für eine Entschädigung.

Die Entscheidung der Audiencia Nacional, des Madrider Sondergerichtshofes für Terrordelikte, war ein schwerer Schlag für die spanische Rechte: Sieben Jahre, nachdem die paramilitärische Guardia Civil die Redaktionsräume der «Euskaldunon Egunkaria» («Baskische Tageszeitung») stürmte, sind die Opfer dieses Überfalls von den drei amtierenden Richtern der Audiencia Nacional in allen Punkten freigesprochen worden. Nun kämpfen die Betroffenen um Entschädigung. Verlust und Schaden der Zeitungsschliessung werden von den Geschädigten auf 60 Millionen Euro beziffert.

Den Journalisten und der Verlagsleitung der «Egunkaria» war von der Guardia Civil vorgeworfen worden, mit der Untergrundorganisation ETA (Baskenland und Freiheit) zusammenzuarbeiten. Der Ermittlungsrichter Juan del Olmo erteilte auf Antrag der paramilitärisch organisierten Polizei die Erlaubnis zum Sturm auf die Redaktionsräume im baskischen Andoain am 20. Februar 2003. Ein schwerer Fehler, wie del Olmos Nachfolger an der Audiencia Nacional, Javier Gómez Bermúdez, und zwei weitere Richter Mitte April in ihrer 33-seitigen Urteilsbegründung, die der «m»-Redaktion vorliegt, feststellten. Sein Richterkollege und die Guardia Civil seien von der «landläufigen, aber falschen Vorstellung» ausgegangen, dass jedwede baskische Institution von der ETA gesteuert werde. Gómez Bermúdez bezeichnete die damalige Anklage als «haltlos», das Vorgehen als verfassungswidrig. Die Pressefreiheit sei bestehenden Vorurteilen geopfert worden.

## Fünf Tage Isolationshaft

Der Richterspruch bringt Genugtuung, die Wunden heilt er jedoch

nicht. Die Tageszeitung «Egunkaria» wurde de facto verboten. Nur durch grosse finanzielle Anstrengung und mit persönlichem Risiko gelang es den Kollegen damals, mit «Berria» («Nachricht») ein neues Blatt zu gründen. Wie hoch im EU-Mitgliedsstaat dabei die Gefahr für Leib und Leben war, belegen die Aussagen der 2003 Inhaftierten. Nach dem Sturm auf die Redaktion wurden ein halbes Dutzend Kollegen fünf Tage lang in Isolationshaft gehalten und in dieser Zeit gefoltert. Während der Verhöre sei ihm mehrfach eine Plastiktüte über den Kopf gestülpt worden, um Erstickungsanfälle zu provozieren, schilderte «Egunkaria»-Direktor Martxelo Otamendi in einem Interview mit dem provisorisch herausgegebenen Blatt «Egunero» unmittelbar nach seiner Haftentlassung. «Ich hatte von dieser Methode gehört und dachte, dass man eine halbe Minute oder eine Minute durchhält», erinnert sich der Publizist. «Tatsächlich hältst du nur wenige Sekunden durch.» Während der Fol-

terverhöre habe neben ihm ein Kollege gesessen. «In den fünf Tagen haben wir uns aus Angst nicht ein einziges Mal angesehen, geschweige denn ein Wort gewechselt», so Otamendi. Die Schilderungen, so stellte die Audiencia Nacional nun fest, deckten sich mit medizinischen Gutachten.

## Die Rechte protestiert gegen Urteil

Trotz der eindeutigen Entscheidung der Richter ist eine Neuaufgabe des Verfahrens möglich. Die rechtsgerichtete Organisation Dignidad y Justicia (Würde und Gerechtigkeit) und der Verband von Terrorismusopfern AVT haben eine Überprüfung des Spruches angekündigt, der, wie es in einer Pressemitteilung vom 12. April 2010 heisst, «einen schweren Schlag für den Kampf gegen den Terror bedeutet». In einem weiteren Verfahren müssen sich acht Mitglieder der Verlagsleitung von «Egunkaria» ohnehin noch wegen mutmasslicher Kanalisierung von Geldern für die ETA verantworten – obwohl der Vorwurf einer Zusammenarbeit widerlegt wurde. Die beantragten Strafen in diesem Prozess summieren sich auf 184 Jahre Haft und 235 Millionen Euro Geldbusse.

Die Opfer drängen indes auf eine Entschädigung: «Gerechtigkeit ist mehr als der Freispruch», sagte Otamendi in einem Interview nach dem Urteil. «Gerechtigkeit ist Wiedergutmachung für die betroffenen Personen und das Baskenland.» Die Journalisten strengen deswegen ein Verfahren an, in dem die Folter der Kollegen und der finanzielle Schaden für die «Baskische Tageszeitung» verhandelt werden soll.

Harald Neuber, Deutschlandkorrespondent der kubanischen Nachrichtenagentur Prensa Latina

Zehntausende gingen am 22. Februar 2003 in San Sebastian aus Protest gegen die Schliessung von «Egunkaria» auf die Strasse.  
(Bild: egunkaria.info/international)

